

Tabak-Arbeiter

Nr. 38 / Bremen, den 20. Septbr. 1924

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der monatliche Bezugspreis beträgt vierzig Goldmark ohne Bringerlohn. — Redaktionsschluss Montag abend. — Verantwortl. Redakteur: F. Dahms. — Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, R. Reichmann. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt S. H. Schmalzfeldt & Co. — Sämtlich in Bremen.

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Weide 20 I, Telefon: Amt Roland 6046. — Geld- und Einschreibsendungen an Johannes Krohn, Bremen, An der Weide 20 I. — Postfachkonto 5349 beim Postfachamt Hamburg. — Bankkonto: Bankabteilung der Großhandlungsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg. — Verbandsauschuß: L. Schoene, Hamburg, Befensbinderhof, Zimm. 45/46.

Am 20. September ist der 38. Wochenbeitrag fällig.

Das Ziel der gewerkschaftlichen Lohnpolitik

Von Fritz Tarnow.

„Wir fragen die Gewerkschaften, bei welcher Lohnhöhe mit dieser Lohnpolitik haltgemacht werden soll. Wir fragen, ob hier überhaupt ein Ziel gegeben ist oder ob man in den Gewohnheiten der Inflationszeit beharren will?“ („Die Lohnpolitik der Arbeitgeber“, Seite 31.)

Auf diese von der Vereinigung der Arbeitgeberverbände festerlich gestellte Frage sollen wir offenbar antworten, ob wir einen Stundenlohn etwa von 1 M oder 1,50 M oder 2 M oder welche Lohnziffer sonst als letztes Ziel unserer Lohnpolitik ansehen. Darauf wollen wir offen und ehrlich zugeben, daß wir ein solches, zahlenmäßig ausdrückbares, endgültiges Ziel für unsere Lohnforderungen tatsächlich überhaupt nicht kennen. Und wenn nun die Arbeitgeber im Gefühl der Genugtuung, einem Schwerverbrecher das Zugeständnis seiner schändlichen Gesinnung abgelistet zu haben, mit Entrüstung feststellen, daß also das Leitmotiv der gewerkschaftlichen Lohnpolitik eine unersättliche, überhaupt nicht zu stillende Begehrlichkeit sei, so müssen wir diesen Vorwurf auf uns nehmen. Wir wollen uns nicht einmal darauf hinausreden, daß um deswillen keine endgültig feste Lohnhöhe genannt werden könne, weil die Kaufkraft des Geldes nicht feststeht und bei sinkender Kaufkraft der Nominallohn erhöht werden muß, um den Reallohn stabil zu erhalten. Vielmehr müssen wir uns schuldig bekennen, selbst bei gleichbleibenden Kosten der Lebenshaltung von der Forderung nach weiteren Lohnerhöhungen nicht absehen zu wollen.

Das Ziel unserer Lohnpolitik.

Es lautet: Den Arbeitern den vollen Ertrag ihrer Arbeit nach Abzug dessen, was zur Erhaltung, Verbesserung und Vermehrung der Produktionsmittel volkswirtschaftlich notwendig ist.“ Es ist klar, daß es nach diesen Grundsätzen eine zahlenmäßige Begrenzung der Lohnhöhe nicht geben kann; denn es liegt im Wesen der ökonomischen Entwicklung, daß die Ertragsfähigkeit der Arbeit fortgesetzt steigt. Wir wissen allerdings, daß wir in der kapitalistischen Wirtschaft das Ziel unserer Lohnpolitik nicht erreichen können; denn diese Wirtschaft kann nur laufen, wenn auch Kapitalzins und Unternehmerprofit vom Arbeitsertragnis mit abfallen. Eben deswegen streben wir eine Wirtschaft an, in der die Arbeit von solchen Tributen befreit ist. Solange aber unser Wirtschaftsziel noch nicht erreicht ist, müssen wir unsere Bemühungen darauf verwenden, wenigstens den Anteil des Arbeitslohnes so hoch, den Anteil des Kapitals und die Profitrate der Unternehmer so tief wie nur irgend möglich zu drücken. Wir können also ehrlicherweise nicht bestreiten, daß wir, solange die kapitalistische Profitwirtschaft besteht, immer eine Lohnerhöhung fordern werden, denn der Zeitpunkt, wo wir 100 Prozent des Möglichen erreicht haben werden, kann erst jenseits der kapitalistischen Wirtschaft liegen.

Wenn die Unternehmer ebenso ehrlich wie wir wären, müßten sie als das Ziel ihrer Lohnpolitik bezeichnen: einen möglichst großen Anteil aus den Arbeitserträgen für das Kapital und den Profit; denn die Triebkraft der kapitalistischen Wirtschaft ist nicht Gewinn schlechthin, sondern möglichst hoher Gewinn. Es wäre gewiß übertrieben, von den Vertretern des Kapitals ebenso wie von denen der Arbeit behaupten zu wollen, daß auch sie letzten Endes nicht weniger als 100 Prozent des gesamten Arbeitsertrages für sich anstreben. Das ist aber keineswegs ein Beweis für ein größeres Maß von Bescheidenheit. Die Dinge liegen eben so, daß zwar eine Wirtschaft ohne Kapitalzins und Profit denkbar ist, nicht aber eine Wirtschaft ohne Arbeit.

Bei dieser Sachlage ist es klar, daß eine Verständigung über das Ziel der Lohnpolitik zwischen Arbeit und Kapital überhaupt nicht erfolgen kann. Das schließt aber keineswegs aus, daß zeitlich begrenzte Kompromisse geschlossen werden können, so daß die beiden Parteien sich nicht andauernd in offener Feldschlacht einander gegenüberstehen müssen. Sie müssen sogar notgedrungen zu Kompromissen kommen, weil es ihnen andernfalls so gehen würde, wie den beiden Bauernjungen, die sich um den Besitz einer Taube raufen, währenddem ihnen das Kampfobjekt davonfliegt, so daß sie schließlich beide nichts haben. Keine der Parteien hat etwas davon, wenn sie ihren Anteil im Verhältnis zu dem der anderen erhöht, wenn dadurch das Gesamtergebnis — also das Gesamtertragnis der Wirtschaft — gleichzeitig sich so vermindert, daß auch der vergrößerte Anteil weniger ist als vordem der geringere. Darum läuft letzten Endes die praktische Lohnpolitik darauf hinaus, jenes Kompromiß zu finden, das nach Abwägung aller in Betracht kommenden Verhältnisse der Billigkeit entspricht, wobei es im wesentlichen darauf ankommt, das Ergebnis zu erkennen, das gegebenenfalls auch im offenen Kampf erreicht werden würde. Die Kunst dieses Erkennens wird wohl niemals gleichzeitig auf beiden Seiten soweit entwickelt sein, daß in der Wirtschaft störende Kämpfe ganz vermeidlich würden. Aber zweifellos liegt es im Interesse beider Teile, diesem Ziel möglichst nahezukommen.

Angesichts der traurigen wirtschaftlichen Zustände, die uns gegenwärtig umgeben, wäre es sicher mehr denn je geboten, ohne Beeinträchtigung der Wirtschaft zu einer Verständigung zu kommen. Aber es ist der Fluch eben dieser selben wirtschaftlichen Zustände, daß sie das soziale Machtgefühl der Unternehmungsklassen dermaßen übersteigert hat, daß bei ihr der Blick für das Erreichbare ganz verlorengegangen ist. Was die Unternehmer heute mit salbungsvollen Worten als „Verständigung“ anbieten, ist in Wahrheit Diktat, das sowohl in der Form wie in der Sache für die Arbeiterschaft schlechterdings unannehmbar ist. Lohndruck und Arbeitszeitverlängerung sind ihnen in erster Linie Mittel, nicht um die Wirtschaft zu heben, sondern um die Klassenmacht der Unternehmer zu stärken. Dazu die „verständnissvolle Mitarbeit der Gewerkschaften“ zu fordern, ist mehr als naiv.

Der objektive Maßstab für die Lohnmessung.

Wollte man wirklich eine Verständigung in der Lohnpolitik, die den gegebenen Verhältnissen Rechnung trägt, so müßte man in bezug auf die zurzeit mögliche Lohnhöhe nach einem objektiven Maßstab suchen. Die Unternehmer erklären, daß der Lohn heute schon zu hoch wäre; die Arbeiter halten ihn im Gegenteil für zu niedrig und einen höheren Lohn für berechtigt und tragbar. Mit welchem objektiven Maßstabe kann hier gemessen werden, welche Anschauung die richtige ist? Die Arbeitgeber versuchen in ihrer Broschüre mit einem großen Aufwand von Zahlen nachzuweisen, daß die Lohnhöhe heute nominell den Friedensstand überschritten, der Kaufkraft nach ungefähr erreicht hätte.

Die Lohnstatistik steht aber auf so wackeligen Füßen, daß schon die Richtigkeit der einzelnen Zahlen und Vergleiche durchaus umstritten ist. Noch viel weniger lassen sich aus Einzelergebnissen verallgemeinernde Schlussfolgerungen für die gesamte Wirtschaft ziehen, und erst recht sind daraus Rückschlüsse auf die allgemeine reale Höhe des Arbeitslohnes in Deutschland land nicht möglich. Dagegen gibt es eine andere Methode der Lohnermittlung und der Lohnvergleichung, die sich für eine objektive Nachprüfung sehr viel besser eignet, nämlich die Ermittlung des Lohnanteils am Warenpreise. Im Verhältnis des Lohnanteils zum Warenpreise drückt sich die Kaufkraft des Lohnes aus, die bestimmend ist für die Höhe der Lebenshaltung der Arbeiter. Der Gesamtpreis der Waren in der Volkswirtschaft entsteht durch die Addition verschiedener Faktoren: Roh-

stoffkosten, Arbeitslöhne, Kapitalzins, Unternehmergewinn, Handelsunkosten, Steuern u. a. Je höher der Lohnanteil im Preise ist, je geringer die anderen Faktoren bei der Preisbildung sind, um so höher ist nicht nur der reale Lohn der Arbeiter, sondern um so gesunder ist auch die Wirtschaft; denn je höher der Lohnanteil, um so größer die allgemeine Kaufkraft, um so günstiger die Beschäftigungsmöglichkeit. Die Differenz zwischen Lohnkonto und Warenpreiskonto in der Volkswirtschaft auf das geringstmögliche Maß zu verringern, ist die wichtigste Aufgabe sowohl der Wirtschaftspolitik wie der Sozialpolitik. Erst Untersuchungen des Lohnanteils geben ein objektives Bild über die tatsächliche Lage der Arbeiter, und dabei ergeben sich auch wirklich brauchbare Vergleichsmöglichkeiten mit der Vorkriegszeit.

Wie groß ist der Lohnanteil im Produkt?

Leider stehen zahlenmäßige Untersuchungsergebnisse in dieser Beziehung nur wenig zur Verfügung. Die Möglichkeit solcher Untersuchungen beschränkt sich im allgemeinen auf die Unternehmerschaft, die aber dazu wenig Neigung verspürt und es aus begreiflichen Gründen vorzieht, nur die Entwicklung des nominalen Lohns zu behandeln, ohne dabei den Zusammenhang mit der Preisentwicklung genügend herzustellen.

Wir behaupten — und fordern die Unternehmer auf, das Gegenteil zu beweisen —, daß in der deutschen Volkswirtschaft der Lohnanteil im Warenpreise prozentual viel geringer ist als vor dem Kriege und im Auslande. Die Ernährungskosten haben aufgehört, durch ihre relative Billigkeit einen Ausgleich für die Preissteigerung der industriellen Produkte zu bilden. Sie sind vielmehr jetzt ebenfalls mehr gestiegen als der Lohn. Allein die Entwicklung des Mietpreises liegt noch unter derjenigen des Lohnes. Die Differenz ist aber nicht mehr so groß, um einen Ausgleich herbeizuführen. Ist die Differenz zwischen Lohnanteil und Warenpreis in der Wirtschaft größer geworden, so ist das ein untrüglicher Beweis für den gesunkenen Reallohn, der durch keinerlei lohnstatistische Kunststücke widerlegt werden kann. Die Feststellung, daß der Reallohn gesunken ist, bedeutet allerdings noch keinen Beweis dafür, daß er wieder gehoben werden kann. Wenn wir aber erkennen, daß das Sinken des Reallohns gleichbedeutend ist mit dem Sinken des Lohnanteils in den Warenpreisen, dann haben wir die Stelle gefunden, wo offenbar die Dinge faul sind und geändert werden können. Damit bekommen wir auch die Möglichkeit, von den allgemeinen Betrachtungen über die Wirtschaftslage überzugehen zu der konkreteren Frage des Lohnanteils im einzelnen Produkt.

In der vergrößerten Differenz zwischen Lohnanteil und Warenpreis findet man alle Krankheiten unserer Wirtschaft beieinander. Hier ist der Boden, auf dem die personelle Ueberfremdung beim industriellen Unternehmertum wie im Handel gedeihen kann, wo überflüssige Zwischengewinne ermöglicht werden, wo rückständige Formen der volkswirtschaftlichen Organisation und der technischen Einrichtung sich lebensfähig erhalten können und das arbeitslose Einkommen in jeder Gestalt üppig wuchern kann. Mit solchen Krankheiten im Leibe kann eine Volkswirtschaft auf die Dauer nicht leben. Sie zu entfernen, gibt es aber kein anderes Mittel, als zwischen Warenpreis und Lohnanteil wieder ein vernünftiges Verhältnis herzustellen.

Die Lohnpolitik der Unternehmer läuft darauf hinaus, das Mißverhältnis des Lohnanteils im Warenpreise aufrechtzuerhalten. Sie erklären zwar, eine Verbilligung der Produktionskosten und der Warenpreise anzustreben, aber das soll ja eben durch eine Senkung der Lohnkosten geschehen. Sie sind wahrscheinlich der Meinung, daß nicht nur der nominale Lohn, sondern auch der Lohnanteil bei den Produktionskosten heute noch zu hoch sei. Erst für eine spätere Zeit, nach Tilgung der Reparationslast und erfolgter Wiederherstellung des Volkvermögens, stellen sie die Wiederherstellung auch eines größeren Lohnanteils in Aussicht. Dies letztere ist also bei ihnen die für die Zukunft angekündigte Wirkung einer Lohn- u. Wirtschaftspolitik, wie sie sie für richtig halten. Wir aber sind der Meinung, daß die Wiederherstellung des richtigen Lohnanteils nicht eine Auswirkung, sondern das wirtschaftspolitische Mittel sein muß, mit dem die Gesundung der Wirtschaft einzuleiten ist. Nach der Auffassung der Unternehmer ist unsere heutige Wirtschaft mit sozial verteuerten Unkosten belastet, daß der Lohnanteil auf absehbare Zeit niedrig bleiben muß, d. h. die Arbeit soll sich mit dem Anteil bescheiden, der nach Abzug aller vorhandenen sonstigen Ausgaben, der notwendigen wie der entbehrlichen, in der Wirtschaft übrigbleibt. Sie muten der Arbeiterchaft eine Lohnpolitik der Resignation zu. Wir dagegen sind der Meinung, daß die anormalen Unkosten der heutigen Wirtschaft kein unab-

änderliches Fatum, sondern im Gegenteil eine höchst überflüssige und zu beseitigende Erscheinung sind. Das wird aber nur zu erwarten sein durch einen gehörigen Druck auf diese Geschwüre am Körper der Volkswirtschaft. Nach Lage der Dinge kann dieser Druck am ersten vielleicht überhaupt nur hervorgerufen werden durch eine aktive Lohnpolitik mit dem Ziel: Wiederherstellung des angemessenen Lohnanteils. Dabei können die Vorkriegsverhältnisse vorläufig als Maßstab dienen, d. h. das nächstgelegene Ziel unserer Lohnpolitik muß sein, den in der Vorkriegszeit üblichen Lohnanteil wieder zu erreichen.

Damit haben wir die Frage nach dem Ziel unserer Lohnpolitik so gut beantwortet, wie es uns möglich ist. Die letzten lohnpolitischen Ziele gehen zwischen den Vertretern der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und denen einer profitlosen Gemeinwirtschaft so weit auseinander, daß es zwecklos wäre, darüber auch nur den Versuch einer Verständigung zu machen. Wenn wir nun aber fürs erste eine Verteilung des Arbeitsertrages fordern, wobei der Arbeit selbst nur der gleiche Anteil zufallen soll wie in der Vorkriegszeit, so dünkt uns das nicht unbescheiden zu sein. Macht man sich nur erst von der Vorstellung frei, daß die Arbeiterklasse allein die Reparationszahlungen aufzubringen und darüber hinaus ein neues Volksvermögen zusammenzubringen habe, so ist nach unserer Meinung unsere Forderung um so eher zu erfüllen, als zweifellos die Voraussetzungen vorhanden sind, um den Gesamtertrag unserer Wirtschaft noch wesentlich zu steigern. Mit den Mitteln allerdings, die den Arbeitgebern vorschweben, wird dieses Ziel nicht zu erreichen sein. Wir sind aber, wenn die Unternehmer sich zu einer ehrlichen Wirtschafts- und Lohnpolitik im Gegensatz zur reinen Machtpolitik bekennen, durchaus bereit, auch darüber mit ihnen in einen Gedankenaustausch einzutreten.

(Holzarbeiter-Zeitung.)

Zwanzig Jahre Zentralorganisation der Tabakarbeiter in Oesterreich.

Von Franz Battermann, Wien.

Die Tabakarbeiterschaft feiert den zwanzigjährigen Bestand ihrer Gewerkschaftsorganisation. Die Versuche, die Tabakarbeiterschaft zu organisieren, begannen in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Nur vereinzelt sind damals die Arbeiter der österreichischen Tabakregie diesen Versuchen zugänglich gewesen und wurden Mitglieder der zu dieser Zeit bestehenden Arbeiterbildungsvereine, in denen sie zum Teil auch Funktionen bekleideten. Sehr rasch erkannten die Fabrikleitungen der Tabakregie, daß ihnen da eine Gefahr drohe, weshalb immer wieder versucht wurde, die Bewegung im Keime zu ersticken. Die Fabrikleitungen waren allmächtig und benützten die ihnen unterstehenden Beamten und Werkführer als willenslose Werkzeuge, um das angestrebte Ziel zu erreichen. Ja, mancher Werkführer war in der Sozialistenbekämpfung noch eifriger als die Fabrikdirektoren selbst. Die Machtmittel der Tabakfabriken waren groß. Jeder Direktor bestimmte willkürlich den Lohn, er hatte es ferner in der Hand, die Arbeiterinnen vorrücken zu lassen oder zurückzusetzen. Wer in den Geruch kam, ein Sozialist zu sein, wurde zurückversetzt und im Lohn gekürzt. Dabei ging man vielfach sehr klug vor. Wer sich offen als Sozialist bekannte, wurde weniger schikaniert als jene, die mit ihrem Bekenntnis nicht offen hervortraten. Die Tabakfabriken befinden sich größtenteils in industriearmen Orten oder neben Textilfabriken, deren Arbeiter damals noch schlechter als die Tabakarbeiter entlohnt waren. Die Furcht der Arbeiter vor Entlassungen und Verfolgungen war groß, und so gelang es den brutalen Fabrikdirektoren, auf diese Weise noch einige Jahre die Organisation von den Tabakfabriken fernzuhalten. In den Bildungsvereinen waren die Mitglieder unermüdetlich tätig, Tabakarbeiter zu gewinnen, und so konnten schon vor der Jahrhundertbeendigung lokale Gewerkschaften der Tabakarbeiter in Joachimsthal, Sternberg, Bausch und Fürstfeld errichtet werden. Im Jahre 1901 wurde die „Gewerkschaft der Tabakarbeiter Niederösterreichs“ errichtet, die Mitglieder in Wien, ferner in Stein und Hainburg zählte. Auch in den anderen deutschen Fabriken, mit Ausnahme von Tachau, wurden lokale Tabakarbeitergewerkschaften gegründet. Der damalige Fabrikdirektor in Zwittau beschwor die Arbeiterinnen, keine Gewerkschaften zu errichten, sondern sich in einem sozialdemokratischen Frauenverein zusammenzuschließen. Es ist charakteristisch, daß damals die Arbeiterinnen für die Organisation leichter zu gewinnen waren als die Arbeiter. Die Mehrheit der Arbeiter hielt sich fern. Einestheils geschah das aus dem Grunde,

daß sie es unter ihrer Würde hielten, mit Frauen zusammen in der Organisation zu arbeiten, andererseits erfolgte die Ernennung zu Aufsehern fast zur Gänze aus jenen Arbeitern, die sich die Gunst des Fabrikdirektors zu erwerben verstanden, denn Fähigkeit für diesen Posten war völlig Nebensache.

Die beste Agitatorin für die Organisation war die Universalzigarettenmaschine, die im Jahre 1901 eingeführt wurde. Mit der Hand erzeugte eine Arbeiterin nach der damaligen Arbeitsmethode je nach der Qualität 1500 bis 2200 Zigaretten im Tag. Nun wurde eine Maschine aufgestellt, die bei einer Bedienung von drei Arbeitern 140 000 Stück im Tage erzeugte. Das rüttelte die Arbeiterschaft auf, weil die Befürchtung auftauchte, daß die meisten Arbeiterinnen überflüssig, also entlassen werden. Die Stellungnahme war in den einzelnen Fabriken verschieden. Wo die Arbeiter teilweise gewerkschaftlich geschult waren, da mußten sie, daß das Auslehnen gegen die Einführung der Maschine vergeblich sei; sie verlangten und erhielten auch die Zusicherung, daß die Arbeiterzahl nicht reduziert wird. In anderen Fabriken wurde gegen die Einführung der Maschine überhaupt Stellung genommen. Wäre damals schon eine geschlossene Gewerkschaftsorganisation der Tabakarbeiter vorhanden gewesen, so hätten die Tabakarbeiter einen großen Fortschritt durchzusetzen vermocht. Der damalige Generaldirektor, Rämpf-Hartenkamp, erklärte dem verstorbenen Gen. Bernerstorfer: Wenn sich die Tabakarbeiter verpflichten, in den Betrieben die Aufstellung der Maschinen reibungslos durchzuführen, sei die Generaldirektion geneigt, den Achtstundentag einzuführen. Es fehlte jedoch die Organisation und damit das Verständnis für diese Sache. Ja, die Arbeiterinnen erklärten vielfach, daß sie kein Interesse für die Verkürzung der Arbeitszeit haben, da sie dann noch weniger verdienen würden.

Durch die Maschine sank wohl die Zahl der Zigarettenarbeiterinnen, doch absolut war der Rückgang der Beschäftigten gering. Im Jahre 1900 erzeugten 8401 Arbeiterinnen 3 101 120 900 Zigaretten, im Jahre 1913 4086 Arbeiterinnen 6 348 620 770 Stück. Insgesamt wurden im Jahre 1900 in den Tabakfabriken 37 322 und im Jahre 1913 36 070 Arbeiter beschäftigt.

Die damalige Situation der Tabakarbeiter war fast die gleiche wie heute. Damals handelte es sich um Einführung der Zigarettenmaschine und heute handelt es sich um eine Aenderung in der Zigarrenherzeugung. Der spätere Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit war mühevoll, und trotzdem zwei Erfolge erzielt wurden, haben die Tabakarbeiter erst im Jahre 1918, also zwanzig Jahre später, den Achtstundentag erreicht, wo sie ihn schon 1902 erlangen konnten. Doch es besteht der große Unterschied, da es im Jahre 1902 nur in den deutschen Tabakfabriken lokale Gewerkschaften gab; in den nichtdeutschen Fabriken war die Arbeiterschaft noch vollständig indifferent, deshalb konnte die günstige Gelegenheit nicht ausgenutzt werden. Heute haben die Tabakarbeiter ihre Organisation und ein Teil der Tabakarbeiter wendet sich gegen die Aenderung der Arbeitsmethode, anstatt durch ihre Organisation die gegebene Macht zur Geltung zu bringen, damit auch die Arbeiter den ihnen gebührenden Anteil an dem Nutzen, den das Unternehmen erzielt, für sich durchsetzen. Der Vorgang beweist von neuem den Arbeitern der Tabakregie nur die Notwendigkeit, das gewerkschaftliche Abo nicht zu vernachlässigen. Es wäre doch allzu bitter, wenn jede Generation erst durch Schaden klug werden müßte.

Zu Pfingsten 1902 wurde eine Reichskonferenz abgehalten, welche sich nur mit der Altersversorgung der Tabakarbeiter beschäftigte. Es wurde der Beschluß gefaßt, den Fabrikleitungen die Forderung zu überreichen, daß nach vierzigjähriger Dienstzeit eine Alterspension von Kr. 1.60 täglich bezahlt werden möge. Die Ueberreicher dieser Forderung wurden im Disziplinarweg bestraft. Die Generaldirektion erklärte, daß die Tabakarbeiter kein Recht zum Fordern haben, sie dürfen nur Wünsche und Witten vorbringen.

Im Jahre 1904 wurde eine Konferenz abgehalten, welche die Gründung einer Reichsorganisation beschloß. Am 8. Sept. 1904 fand die konstituierende Versammlung statt, die von Delegierten der niederösterreichischen Fabriken besetzt war. Noch im selben Jahre wurden die bestehenden Lokalvereine in Ortsgruppen der Reichsgewerkschaft umgewandelt. Dann begann die Agitationsarbeit in den Fabriken. Die 36 000 Tabakarbeiter verteilten sich auf sieben Nationen; das allein zeigt die Schwierigkeiten, die überwunden werden mußten, um die Gewerkschaften zu einem Machtfaktor zu gestalten. Bei Kriegsaus-

bruch hatten wir in allen 30 Fabrikorten der Tabakregie Ortsgruppen mit zusammen über 9000 Mitgliedern; also mehr als 25 Prozent der Beschäftigten gehörten vor zehn Jahren der Organisation bereits an.

Die Tabakarbeiterorganisation hat die Entwicklung durchgemacht, welche alle österreichischen Gewerkschaften zurücklegen mußten. Der Anschluß an den Zentralverband der Lebens- und Genüßmittelarbeiter war der Schlüsselstein. Daß dieser Anschluß notwendig und selbstverständlich war, das werden alle Tabakarbeiter erkennen, sobald sich die Schlagworte der Gegenwart verflüchtigt haben.

Lohn- und Tarifbewegung

Aus der Zigarettenindustrie.

Bremen. Nach einer am 12. September getroffenen Vereinbarung sind mit Wirkung vom 8. September an die Zeitlöhne um 10 bis 12 Prozent und die Akkordlöhne um durchweg 20 Prozent erhöht worden.

Aus der Rauch- und Schnupftabakindustrie.

Schlichtungsverhandlungen am 24. September.

Der vom Reichsarbeitsminister bestellte Schlichter zur Schlichtung der Lohnstreitigkeit in der Rauchtabak- und Schnupftabakindustrie hat zu Schlichtungsverhandlungen auf den 24. September nach Berlin eingeladen. Ueber Verlauf und Ergebnis der Verhandlungen werden wir berichten.

Aus der Zigarrenindustrie.

Schiedspruch.

Die im Tarifvertrag für die Zigarrenindustrie vom 27. Febr. 1924 vorgesehenen Löhne werden mit Wirkung vom 8. Sept. 1924 um 10 Prozent erhöht.

Diese Vereinbarung gilt auf unbestimmte Zeit und ist mit einer Frist mit 14 Tagen jeweils kündbar.

Den Parteien wird aufgegeben, bis Montag, den 22. Sept. 1924, mittags 12 Uhr, sich gegenseitig und dem Reichsarbeitsministerium gegenüber über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches zu erklären.

Nichtabgabe einer Erklärung gilt als Ablehnung.

So lautet der Schiedspruch, den die Schlichtungskammer zur Schlichtung des Lohnstreites in der Zigarrenindustrie am 12. September im Staatsministerium für soziale Fürsorge in München gefällt hat. Es wäre irrig, aus dem schön klingenden und vielversprechenden Namen des Ministeriums, das der Schlichtungskammer Unterkunft bot, irgendwelche Schlüsse auf das Verhalten der Zigarrenfabrikanten ziehen zu wollen. Mit sozialer Fürsorge hatte nämlich die Stellungnahme des M.D.Z. den Lohnforderungen der Tabakarbeiter gegenüber gar nichts zu tun. Wie schon am 31. Juli in Berlin, so lehnte er auch jetzt in München jede Lohnerhöhung rundweg ab und begründete seine arbeiterfeindliche Stellungnahme mit einer Reihe von Schlagworten, als da sind: Kapitalmangel, schlechter Geschäftsgang, Kredit Schwierigkeiten, schlechte Lage der Industrie usw. Um Gründe sind die Zigarrenfabrikanten ja niemals verlegen, wenn es sich darum handelt, die Unerfüllbarkeit von Lohnforderungen der Tabakarbeiter zu beweisen. Uns wundert nur, daß die Zigarrenfabrikanten sich immer mit Händen und Füßen gegen die Einführung eines Tabakmonopols wenden. Wäre die Lage so trostlos, wie sie sie bei jeder Gelegenheit schildern, dann müßte die Einführung eines Tabakmonopols für sie doch geradezu eine Erlösung sein. Wir würden unsere Hilfe nicht versagen, wenn die Zigarrenfabrikanten glauben sollten, auf diese Weise ihrer Sorgen ledig zu werden. Ein Weg ließe sich schon finden, um die der Arbeiterschaft bei der Einführung eines Tabakmonopols drohenden Gefahren auf ein Minimum zu beschränken. Das Reich brauchte nur eine Reihe technisch und hygienisch einwandfreier Betriebe für seine Zwecke zu übernehmen und die Produktion der übrigbleibenden Betriebe nach einem bestimmten Schlüssel von Zeit zu Zeit zu kontingentieren. Das würde zunächst nicht die Schließung eines einzigen Betriebes bedingen. Die Produktion später ausfallender Betriebe müßte natürlich den Monopolbetrieben zugute kommen. Vielleicht beschäftigen sich sowohl die Arbeiter wie auch die Unternehmer in der Tabakindustrie einmal mit diesen, natürlich nur in großen Zügen angedeuteten Gedankengängen. Durch ihre Verwirklichung wäre dem Reiche geholfen und die Tabakindustriellen würden so nach und nach ihre Sorgen loswerden. Für die Tabakarbeiter würde eine solche Monopolisierung zum mindesten nicht eine Verschlechterung ihrer Lage

bedeuten, denn soweit die Beschäftigungsmöglichkeit in Betracht kommt, schließen die Unternehmer schon jetzt rücksichtslos ihre Betriebe und werfen die Arbeiter aufs Straßenpflaster, wenn es ihren Profitinteressen entspricht, und die Entlohnung?

Auf die letzte Frage geben die Münchener Verhandlungen eine treffende Antwort, die Zigarrenfabrikanten lehnten nämlich, wie schon weiter oben gesagt, jede Lohnerhöhung glatt ab. Nicht anders ihre Vertreter in der Schlichtungskammer, obgleich die Arbeitervertreter, um eine Verständigung zu ermöglichen, die eingereichten Forderungen reduzierten.

In der Schlichtungskammer selbst haben die Arbeitervertreter vor der Abstimmung über den oben wiedergegebenen Schiedsspruch die Erklärung abgegeben, daß derselbe in keiner Weise befriedige und weit hinter den berechtigten Forderungen der Tabakarbeiter zurückbleibe. Wenn sie demselben trotzdem zustimmen, dann deshalb, um den Tabakarbeitern in dieser schweren Zeit wenigstens eine kleine Aufbesserung ihrer unzulänglichen Bezüge zu verschaffen. Von demselben Gedanken wie die Arbeitervertreter in der Schlichtungskammer ließen sich auch die Organisationsvertreter der Tabakarbeiter leiten, als sie über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches zu entscheiden hatten. Sie stimmten dem Schiedsspruch zu, ohne damit zum Ausdruck zu bringen, daß die ausgesprochene Lohnerhöhung auch nur annähernd ausreichend sei. Erleichtert wurde die Zustimmung durch die Bestimmung des Schiedsspruches, daß die Lohnregulierung auf unbestimmte Zeit gelten soll und mit einer Frist von jeweils 14 Tagen kündbar ist. Damit ist den Tabakarbeiterorganisationen für die Zukunft eine gewisse Bewegungsfreiheit gesichert. Ueber die Stellungnahme des ADZ zum Schiedsspruch werden wir in der nächsten Nummer dieser Zeitung berichten, irgendwelche Voraussetzungen darüber wären völlig verfehlt.

In den Betrieben müssen die Tabakarbeiter nun darauf dringen, daß die im Schiedsspruch festgesetzte zehnpromtente Lohnerhöhung mit Wirkung vom 8. September zur Auszahlung gelangt. Aber auch in einer anderen Richtung müssen die Tabakarbeiter von nun an unablässig tätig sein. Die Münchener Verhandlungen haben erneut bewiesen, daß Lohnfragen Nachfragen sind und daß die Zigarrenfabrikanten nur Zugeständnisse machen, wenn sie ihnen durch eine starke gewerkschaftliche Organisation abgetrotzt werden können. Solange nicht alle Tabakarbeiter den Wert der Gewerkschaften erkannt haben, werden sie sich mit Bettelpfennigen abspeisen lassen müssen. Deshalb muß in allen Zahlstellen eine erhöhte Agitations- und Organisationsarbeit einsetzen, damit zu gegebener Zeit mit den Zigarrenfabrikanten einmal Fraktur geredet werden kann.

Aus dem Tabakgewerbe.

Der Ertrag der Tabaksteuer vom Dezember 1923 bis März 1924.

Der Ertrag der Tabaksteuer (Steuerwert der verkauften Tabaksteuerzeichen und Steuerzeichenvordrucke) belief sich vom 1. Dezember 1923 bis zum 31. März 1924 in Gold auf 149 Millionen Mark. Von diesem Ertrag entfallen 58 v. H. auf Zigaretten, 22 v. H. auf Zigarren und 20 v. H. auf die übrigen tabaksteuerpflichtigen Erzeugnisse. Die meisten Zigaretten wurden zum Kleinverkaufspreis von 4 S und 3 S das Stück abgegeben; ihr Anteil an der Gesamtmenge berechnet sich auf je rund 15 v. H. Es folgten die Zigaretten für 2 S und 5 S mit einem Anteil von je 12 v. H. Von den Zigarren waren diejenigen zum Preise von 10 S (21 v. H.), ferner die zu 15 S, 8 S und 12 S die gangbarsten Sorten.

Die nachstehende Tabelle gibt für den gleichen Zeitraum Aufschluß über den Steuerwert und die Menge der sich daraus ergebenden Erzeugnisse in den einzelnen Herstellungszweigen, wobei zu beachten ist, daß das Saargebiet und die von der Besetzung betroffenen Landesteile nicht mit eingerechnet sind.

Steuerwert der verkauften Tabaksteuerzeichen und Steuerzeichenvordrucke für	M	Aus dem Steuerwert berechnete Menge der Erzeugnisse
Zigarren	32 978 794	1 375,6 Million Stück
Zigaretten	85 821 109	5 806,5 " "
Feingehackter Rauchtabak	15 754 102	4,1 " Kilogr.
Preiventabak	12 272 523	9,7 " "
Rautabak	761 223	92,8 " Stück
Schnupftabak	49 617	9,87 " Kilogr.
Zigarettenhüllen	894 115	365,1 " Stück
Zusammen	149 272 068	

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ende August.

Die von unserem Verband Ende August veranstaltete Erhebung über die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit erfaßte 56 401 (12 434 männliche und 43 067 weibliche) Mitglieder. Von diesen waren 11 215 (2283 männliche und 8932 weibliche) völlig arbeitslos; 19 778 (3900 männliche und 15 878 weibliche) arbeiteten verkürzt, und 24 498 (6251 männliche und 18 247 weibliche) konnten ihre Arbeitszeit voll ausnutzen. Auf je hundert Mitglieder umgerechnet ergibt das 20,21 Arbeitslose, 35,64 Kurzarbeiter und 44,15 Vollarbeiter. Gegenüber dem Vormonat (18,32 Arbeitslose und 39,02 Kurzarbeiter) hat demnach die Verhältniszahl der Arbeitslosen eine Erhöhung erfahren, während die der Kurzarbeiter zurückgegangen ist. Die Verhältniszahl der Vollarbeiter (im Vormonat 42,66) ist etwas gestiegen.

Ueber die Kurzarbeit besonders gibt die nachstehende Aufstellung Auskunft. Es arbeiteten verkürzt:

	männl.	weibl.	zusammen
1—8 Stunden	480	1242	1722
9—16 "	754	3399	4153
17—24 "	2319	8671	10990
25 u. mehr "	347	2566	2913

Insgesamt 3900 15878 19778

Der Außenhandel im Monat Juli.

In der neuesten Nummer der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ werden die vorläufigen Ergebnisse des deutschen Außenhandels im Juli 1924 veröffentlicht. Danach wurden im genannten Monat 49 660 Dz. Rohtabak im Werte von 10,91 Millionen Goldmark und 420 Dz. Fertigfabrikate im Werte von 200 000 Goldmark eingeführt. Ausgeführt wurden 10 Dz. Rohtabak im Werte von 1000 Goldmark und 320 Dz. Fertigfabrikate im Werte von 230 000 Goldmark.

Verbandsteil.

Gesucht werden:

Vier Zigarrenarbeiter, die auf Form-, Hand- und Pennalarbeit eingearbeitet sind, nach Celle. Nachfragen bei Gottlieb Osterlag, Altona (Elbe), Langensfelderstr. 43, II, r.

Mehrere Zigarrenarbeiterinnen für feinste Arbeiten nach München. Nachfragen bei Karl Lehler, München, Pestalozzi-straße 40/42.

Folgende Gelder sind eingegangen:

8. August: Dresden 400,—.
 1. September: Leipzig 109,—. Halberstadt 100,—.
 3. Baden-Baden 510,—.
 5. Aunsbach 30,85. Jüterbog 60,—. Trier 60,—. Schwab.-Hall 50,—. Frankenhäusen 50,—. Friesenheim 80,—. Oberweier 20,—.
 6. Kirchhofseld 20,—. Rinteln 50,—. Schötmar 35,—. Brottorode 480,—. Goch 39,—. Heidenheim 200,—. Gr.-Steinheim 40,—. Hanau 20,—. Brieg 143,—. Pölzig 60,—. Soest 50,—. Finsterwalde 250,—. Bergedorf 10,—. Oberode 9,18. Minden 320,—.
 7. Neufreistett 50,—.
 8. Düren 9,32. Augsburg 80,—. Langenbiekau 30,—. Döbeln 500,—.
 9. Lemgo 75,—. Plön 20,—. Emmendingen 100,—.
 10. Holzhausen 30,—. Landsbut 80,—. Wiesbaden 60,—. Dresden 1000,—. Eichhorst 33,—. Stuttgart 100,—. Schwerin a. W. 50,—. Elbing 600,—. Nordhausen 800,—.
 11. Treffurt 160,—. Rüppur 40,—. Elbing 200,—. Hamburg 200,—.
 12. Hammelbach 25,—.
 13. Danzig 150,—. München 30,—. Bremen 370,—.
- Bremen, den 16. September 1924. J. Krohn.

Gestorben sind:

Am 9. August die Paderin Mathilde Hilde, 49 Jahre alt (Zahlstelle Berlin).

Am 10. August die Kollegin Elisabeth Gramlich, 68 Jahre alt (Zahlstelle Heidelberg).

Am 16. August die Ripperin Marta Reinsch, 61 Jahre alt (Zahlstelle Breslau).

Am 21. August die Zigarrenarbeiterin Elfa Denuell, 22 Jahre alt (Zahlstelle Kaiserslautern).

Am 21. August der Zigarrenarbeiter Fritz Schlömer, 57 Jahre alt (Zahlstelle Lübeck).

Am 30. August die Zigarrenarbeiterin Baleska Schneider, geb. Gulke, 40 Jahre alt (Zahlstelle Breslau).

Ehre ihrem Andenken!

Internationaler Anti-Kriegstag.

(IOW.) Der Anti-Kriegstag der internationalen Arbeiterschaft findet unter günstigen Umständen statt. Als im November des vergangenen Jahres der Internationale Gewerkschaftsverband beschloß, am dritten Sonntag im September 1924 eine internationale Demonstration gegen den Krieg zu veranstalten, war der politische Himmel trostlos dunkel, und auch als nachher die Agitation einsetzte, war kaum ein Lichtstrahl zu sehen. Das Friedensbedürfnis war zweifellos nicht allein in der Arbeiterschaft vorhanden, aber es konnte nicht zum Ausdruck kommen, es wurde durch die Reden der Kriegsbeher und des ihnen ergebenden Teiles der Presse niedergehalten. Allmählich klärte sich der Horizont auf. In England kam die Arbeiterpartei an die Regierung, die französischen Wahlen brachten die Niederlage Poincarés und nahmen diesen Abdruck, der auf ganz Europa lastete, weg; auch in Dänemark übernahmen Vertreter der Arbeiterschaft die Zügel der Regierung und kündigten Abriistung an. Die Menschheit gewann wieder Hoffnung und auch die Friedensfreunde außerhalb der Arbeiterschaft erhoben ihre Stimme. Der Bann war gebrochen; man sieht wenigstens den Anfang einer neuen Zeit, wenn auch noch genug Hindernisse und Gefahren zu beseitigen sind.

Daß diese Aenderung möglich wurde, ist zweifellos der Tätigkeit und dem Drängen der organisierten Arbeiterschaft zu danken. Diese hat schon während des Krieges und ununterbrochen nachher versucht, nicht allein einen Ausweg aus den jetzigen Schwierigkeiten zu finden, sondern auch in der Zukunft die Kriegsgefahr zu beseitigen. Ohne die Anstrengungen der französischen Arbeiterschaft wäre es nicht möglich gewesen, das größte Hindernis für den Frieden, Poincaré, zu beseitigen und in Frankreich eine friedensfreundliche Stimmung zu schaffen; daß England und Dänemark Arbeiterregierungen bekommen haben, ist die Frucht jahrzehntelanger, aufopfernder Tätigkeit der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen. Ohne diese ununterbrochene Tätigkeit der Arbeiterschaft wären die in den letzten Tagen auf der Völkerbundstagung in Genf gehaltenen Reden nicht möglich gewesen.

Die Arbeiterschaft hat bei der Bekämpfung von Krieg und Kriegsgefahr bisher die Führung gehabt und darf im Interesse der Menschheit auch in der Zukunft diese Führung nicht aus der Hand geben. Sie muß weiterhin wirksam sein und den Friedensgedanken pflegen. Hoffentlich wird auch einmal die Zeit kommen, wo in jenen Ländern, in denen zurzeit die Kriegsgefahr groß ist, die Arbeiterschaft so an Macht gewinnt, daß dem Kriegsgotte das blutige Handwerk gelegt werden kann.

Ferienzeit.

Voriges Jahr mußte ich ganz bestimmt, daß ich in diesem Jahre eine Ferienreise machen würde. Die Eisenbahn wollte ich nicht allzu viel benutzen. Einen wunderbaren Plan hatte ich entworfen; ich wollte laufen — laufen durch Wiesen und Felder und herrliche Wälder. 14 Tage sollten meine Ferien dauern und in diesen 14 Tagen wollte ich nur sehen und genießen, wollte mich erfreuen an allem, was die Natur mir gegeben hätte. Nur meine Zupsgeige sollte meine Begleiterin sein. Und so wäre ich dann singend und spielend gewandert über Berge und durch Täler. Wo es mir gefallen hätte, würde ich gerastet haben.

Wohl kam die Ferienzeit, und gern hätte ich mein Ränzgen geschmürt und gar zu gerne wäre ich „hinaus in die Ferne mit Butterbrot und Speck!“, aber — an diesem Über scheiterte alles — ich hatte trotz eifrigen Sparens nicht die paar Rentenmark zusammen.

Ich gedenke der Ferien derjenigen, welche es nicht notwendig haben, in die Ferien zu fahren. Das Fahrgehalt 2. Klasse eines solchen Ferienreisenden hätte genügt, um mich glücklich zu machen. Ich war jenen nicht böse, daß sie mehr Geld hatten wie ich. Was mußte ein Kommerzienrat oder so ein junges Herrchen oder so ein Dämchen oder Herr Klasse von der Sehnsucht eines armen Menschen. Sie würden's nicht geglaubt haben, daß ich mir so etwas nicht „erlauben“ konnte, wo doch heute

Der Anti-Kriegstag am 21. September wird den entschlossenen Willen der Arbeiterschaft zum Ausdruck bringen, die alte Barbarei der Kriege zu beseitigen und Einrichtungen zu schaffen, die ein friedliches Zusammenarbeiten der Völker ermöglichen. Der Anti-Kriegstag wird außerdem die Einleitung weiterer Agitation sein, die die Möglichkeit gibt, fortwährend die Anti-Kriegsstimmung zu stärken und so auch die Möglichkeit zu schaffen, im gegebenen Augenblick den Ausbruch neuer Menschenschlächtereien zu verhindern.

Genossenschaftliches.

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Konsumgenossenschaften.

gegenüber dem privatwirtschaftlichen Handel steht zwar außer allem Zweifel, sie wird aber noch viel zu sehr von ihren eigenen Mitgliedern unterschätzt. Schon die Tatsache, daß es heute in Deutschland rund 2000 Konsumgenossenschaften gibt, in denen 4½ Millionen Familien der Verbraucher genossenschaftlich organisiert sind, beweist, daß die Konsumgenossenschaften wirtschaftliche Leistungen von Bedeutung aufzuweisen haben müssen. Denn es braucht nur daran erinnert zu werden, daß die Verbrauchergenossenschaften jahrzehntelang unter allerlei behördlichen Hemmungen und außerordentlich steuerlichen Belastungen zu leiden hatten, ganz abgesehen davon, daß der Privathandel von seinem Standpunkt aus ganz verständlicher Weise stets in schärfster Kampfstellung zu den Konsumgenossenschaften stand und noch steht und mit allen Mitteln die Entwicklung derselben zu hindern suchte.

Wenn also trotzdem die Konsumgenossenschaften im Zeitraum von 20 Jahren von rund 1000 Vereinen mit 850 000 Mitgliedern ihre Zahl auf 2000 mit 4½ Millionen, also die Mitgliederzahl verfünffachen konnten, so müssen die wirtschaftlichen Leistungen schon ganz erhebliche gewesen sein, um ein solches Ergebnis zu erzielen.

Dem ist auch so, und zwar in zweierlei Hinsicht. Die preisregulierende Wirkung der Konsumgenossenschaften ist eine feststehende Tatsache, die leider nur zu oft übersehen und nicht gewürdigt wird. Ja, man begegnet sogar manchmal der Behauptung, daß der „Konsum“ teurer sei, wenigstens in den und jenen Waren. Und es sind nicht immer die Gegner der Konsumgenossenschaften, welche solche Behauptungen aufstellen. Geht man aber, wie es vor dem Kriege und neuerdings nun wieder öfters geschehen ist, der Sache auf den Grund, so findet man das Gegenteil bestätigt. So haben in letzter Zeit süddeutsche, sächsische und norddeutsche Konsumgenossenschaften Warenausstellungen und Preisvergleiche von etwa 20—30

jeder Arbeiter im Ueberfluß lebt. Heute weiß doch jeder, daß der Arbeiter und Angestellte seine Ferien bezahlt bekommt, also kann er auch eine Ferienreise machen.

Gellend und schreiend möchte ich es euch in eure Ohren brüllen. Ja, wir bekommen die paar Tage Ferien bezahlt, aber ihr sorgt dafür, daß niemand zuviel bekommt, um mehr zu haben, als zum nackten Leben erforderlich ist. Wenn ihr sehend seid, schaut euch die Männer und Frauen der Arbeit an, die euch den Honig zusammentragen, die sind's, welche ins Bad reisen müßten, und ihr seid die Drehnen. — Ja, Drehnen seid ihr! Aber ihr seht ja nicht, seht nicht die Schwindsüchtigen, nicht die hohlen Wangen, nicht den gläsernen Blick. Was kümmert's euch. — Ihr seid in Italien, am Strand oder sonstwo und da ist es lustig — und in Deutschland verhungern Kinder. Und wir wollen trotzdem nicht euer Mitleid, wenn ihr euch in Bars und Dielen bei einem „Wohltätigkeitsfest“ für die armen Kinder amüsiert. Wir verlangen unser Recht. Und gebt ihr dieses nicht freiwillig, so werden wir uns dieses Recht nehmen.

Auch dir, Arbeiter und Arbeiterin, und auch dir, Angestellter und Beamter, rufe ich in meiner Ferienzeit zu: Wir wollen jener Klasse die Ferienreise nicht mitgeben, sondern wollen erreichen, daß auch wir Teil an dem haben, was wir geschaffen haben. Wenn alle Arbeiter eingeschrieben haben, daß das Recht einer Ferienreise auch auf unserer Seite ist, dann werden wir nur glückliche Menschenkinder sehen. Der Weg hierzu ist nicht weit, das Ziel ist zu sehen. Wenn wir ein und und geldwerten markieren haben, was das Ziel erreicht.

wichtigen Artikeln der Lebensmittelbranche veranlaßt, wobei sich herausstellte, daß der gezogene Durchschnitt bei den Konsumgenossenschaften um 15—20 Prozent niedrigere Preise zeigte, als der Privathandel. Außerdem aber besteht ja die Preisregulierung darin, daß durch das Bestehen einer Konsumgenossenschaft an irgend einem Platze die Warenpreise des Privathandels, die vordem wesentlich höhere waren, sich senken. Diese Wirkung ist am besten bei der Gründung einer Konsumgenossenschaft zu beobachten: mit einem Schlage bietet der ortsansässige Handel die Ware um mindestens 10 bis 15 Prozent unter den seitherigen Preisen an, wodurch die Bevölkerung im allgemeinen wirtschaftliche Vorteile genießt, die ohne die Konsumgenossenschaft nicht denkbar wären.

Diese Wirkung der konsumgenossenschaftlichen Organisation läßt sich, wenn auch nicht statistisch erfassen, so doch immerhin einigermaßen berechnen. Von den ca. 15 Millionen deutschen Haushaltungen dürften 12 Millionen als solche Verbraucher in Betracht kommen, die von ihrem Jahreseinkommen durchschnittlich 700 M für Waren ausgeben, die in jeder Konsumgenossenschaft zu kaufen sind. In der Gesamtrechnung ergibt sich also ein der Preisregulierung durch die Konsumgenossenschaften ausgefertigter Warenumsatz von $700 \times 12\,000\,000 = 8\,400\,000\,000$ M (8 Milliarden 400 Millionen Goldmark). Zieht man nun davon auch die Hälfte des Umsatzes ab für die Gemeinden des Reiches, wo die Konsumgenossenschaften keine Warenverteilungsstellen besitzen, also die preisregulierende Wirkung nicht erzielt wird, so bleiben immer noch 4,2 Milliarden Mark Umsatz übrig, die um etwa 15 Proz. regulierte niedrigere Warenpreise enthalten. Das Ergebnis der Preisregulierung beläuft sich also auf rund 630 Millionen Goldmark in einem Jahre.

Dazu kommt nun noch die den Mitgliedern der Konsumgenossenschaften direkt zufließende Ersparnis in Form von Rückvergütungen und billigeren Warenpreisen (früher auch fälschlicherweise „Dividende“ geheißen, oder Rabatt). Dem Durchschnitt nach dürfen dieselben beim Eintritt normaler Zeiten auf 10 Prozent des jeweiligen Warenwertes angenommen werden, wenn auch seit den Kriegsjahren und in der Inflationszeit die Rechnung von anderen Gesichtspunkten aus „aufgemacht“ werden muß.

Würden nun die $4\frac{1}{2}$ Millionen Mitglieder der Konsumgenossenschaften ihre Warenbedürfnisse restlos in ihrem eigenen Wirtschaftsunternehmen decken, so müßte ebenfalls ein Jahresdurchschnittsumsatz von mindestens 700 Goldmark sich ergeben. Und dies würde nach dem bekannten Rechenmeister Adam Riese, der das Einmaleins erfunden haben soll, bedeuten: $700 \times 4\,500\,000 = 3\,150\,000\,000$ (3 Milliarden 150 Millionen Goldmark Umsatz). Und da die Ersparnis, insbesondere bei der Höhe dieses Umsatzes, mindestens 10 Prozent betragen würde, so hätten die deutschen Konsumvereinsmitglieder in einem Jahre den immerhin ansehnlichen Betrag von 315 Milli-

onen Goldmark aus ihren genossenschaftlichen Unternehmungen „herausgewirtschaftet“.

Zusammen mit dem durch die Preisregulierung erzielten Betrag ergibt sich hiernach die wirtschaftliche Leistung von einer Milliarde Goldmark, welche die Konsumgenossenschaften gemäß ihrem inneren Wesen, ihrer organisatorischen Eigenart der deutschen Volkswirtschaft ersparen können.

Leider haben die meisten Mitglieder der deutschen Konsumgenossenschaften das einfache Einmaleins des Rechenmeisters Adam Riese noch nicht richtig begriffen denn ihr Umsatz betrug vor dem Kriege durchschnittlich nur etwa 400 M für eine Genossenschaftsfamilie und gegenwärtig ist er gar nur auf höchstens 250 M zu berechnen.

Nichtsdestoweniger bleibt die preisregulierende Wirkung in dem errechneten Betrage als eine Ersparnis der 12 Millionen Haushaltungen und dennoch als Zuschuß zur deutschen Volkswirtschaft bestehen und es liegt nur bei den Mitgliedern der Konsumgenossenschaften, die zweite wirtschaftliche Leistung an sich selbst nach Belieben zu erhöhen. Durch Steigerung ihres Warenumsatzes.

Adam Riese soll uns das Einmaleins nicht umsonst gelehrt haben.

Gewerkschaftliches.

Konfessionelle Gewerkschaften?

Nach Mitteilungen in der christlichen Gewerkschaftspresse gehen von der Schweiz seit längerer Zeit Bestrebungen aus, die christlichen Gewerkschaften in Deutschland zu zersplittern und evangelische Gewerkschaften aufzuziehen. Diese Bestrebungen, die in Deutschland von Wesel ihren Ausgangspunkt nahmen, sind besonders nach den Wahlkämpfen erneut in Erscheinung getreten. In erster Linie haben es die evangelischen Gewerkschaftsmacher auf die evangelischen Arbeitervereine im Westen abgesehen, die zu evangelischen Gewerkschaften umgebaut werden sollen. „Alles in allem darf die Tatsache konstatiert werden“, so schreibt Bernhard Otte im Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, „daß in weiten evangelischen Volkskreisen konfessionelle Strömungen stark in den Vordergrund getreten sind und daß die auf eine Zersplitterung der christlichen Gewerkschaften hinielenden Bestrebungen auch von seiten der „Wirtschaftsfriedlichen“ und deren Freunden, vielfach unter Appell an konfessionelle und parteipolitische Leidenschaften, gefördert und gepflegt werden... Demgegenüber steht, daß auch aus katholischen Kreisen in den letzten Monaten Stimmen gegen die christlichen Gewerkschaften laut wurden.“ So hat eine Anzahl Geistlicher in einem schlesischen Bezirk sich auf einer Konferenz für katholische Gewerkschaften ausgesprochen. Außerdem sind in katholischen Zeitschriften gegen die christlichen Gewerkschaften Vorwürfe wegen ihrer Interkonfessionalität und ihrer angeblichen Klassenkampfeinstellung erhoben worden. Es

Öffnet der Jugend die Augen!

Ein Wort an die Alten für die Jungen.

Der unlängst in Wien abgehaltene Kongreß der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale hat u. a. den Beschluß gefaßt, in diesem Jahre eine lebhafteste Anti-Kriegs-Propaganda zu entfalten. Erscheint es im allgemeinen angebracht, der Menschheit in diesem Jahre, da der Tag des Kriegsbeginns zum zehnten Male wiederkehrte, das Verbrechen eines Völkermordens in seiner ganzen Entsetzlichkeit vor die Seele zu stellen, dann erscheint das in Deutschland doppelt notwendig! Die Zahl der Irregeleiteten, denen ein neuer Krieg als „letzte Rettung“ Deutschlands, als ein glückverheißender Ausweg aus dem Elend unserer Tage erscheint, ist nicht gering. Diesen Gedankengängen entgegenzutreten und die von Nationalisten und Militaristen irreführenden Menschen von der Unmöglichkeit und absoluten Aussichtslosigkeit eines abermaligen Krieges für Deutschland überzeugt zu machen, ist eine ungemein wichtige Aufgabe für alle Gewerkschaftler. Darum sei kurz dargelegt, wie nahezu jeder Gewerkschaftler an der Jugend ein Erziehungsmerk zu leisten in der Lage ist, wie es im Sinne der von der Gewerkschafts-Internationale beschlossenen Anti-Kriegs-Propaganda liegt.

Es ist zu dem Zweck Voraussetzung, daß der erwachsene Gewerkschaftskollege sich um seinen jugendlichen Mitarbeiter bekümmert. Aus Gesprächen, die er selbst mit ihm führt oder

aus den Unterhaltungen, die die Lehrlinge oder jugendlichen Arbeiter unter sich führen, wird er bald die geistige Einstellung des jungen Kollegen kennengelernt haben. Namentlich in größeren Betrieben wird sich da eine Anzahl Proletarierjungen finden, die mangels geeigneter Aufklärung und dank schlechten Umgangs ihre Gespräche gern mit allerlei wirklichkeitsfremder Romantik ausschmücken, die — statt mit einer proletarischen Jugendorganisation zu wandern — die sogenannten „Nachtgefechte“ der Rechtsputschistenorganisationen mitmachen und womöglich Freude daran finden, in eine „Hitleruniform“ gesteckt zu werden und schwarzweißrote Kokarden oder das Hakenkreuz zu tragen.

Es hilft nichts, über diese sich leider immer häufiger zeigenden Dinge den Kopf zu schütteln. Wenn die Kriegshezer und Feinde der Arbeiterschaft wie der Republik aktiv sind und sich sogar an der Jugend der Arbeiterschaft vergehen, dann darf diese dem Treiben nicht untätig zusehen. Jeder erwachsene Gewerkschaftler sollte bedenken, daß der irreführende, heute neben seinem Arbeitsplatz schaffende Arbeiterjunge morgen vielleicht schon sein offener Gegner ist, der sich entweder nicht organisiert oder am Ende einer unternehmerfreundlichen „nationalen Arbeiterorganisation“ beitrifft. In den Arbeitspausen und auf den Hin- und Rückwegen zu und von der Arbeitsstätte kann der geschulte Gewerkschaftler manch Stück Erziehungs- und Aufklärungsarbeit an Proletarierjungen leisten, die ihm später vielleicht dafür dankbar sind, daß er ihnen die Augen öffnete. Vor allem hat der erwachsene Gewerkschaftler

versteht sich von selbst, daß die christlichen Gewerkschaftszeitungen sich gegen die gekennzeichneten Angriffe und Zersplitterungsbestrebungen wenden und alle Minen springen lassen, um die Leute bei der Stange zu halten. Inwieweit sie damit Erfolg haben werden, muß die Zukunft lehren.

Es wäre verfehlt, wenn die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft die weitere Entwicklung der Dinge im christlichen Gewerkschaftslager unbeachtet ließe oder der geplanten Zersplitterung mit einer gewissen Schadenfreude zusähe. Eine Spaltung der christlichen Gewerkschaften würde nur dem Unternehmertum zum Vorteil gereichen, ohne der andersorganisierten Arbeiterschaft irgendwie zu nützen. Ein Mangel an Gewerkschaftsrichtungen besteht doch in Deutschland wahrhaftig nicht, viel eher kann man das Gegenteil behaupten. Jede weitere Zersplitterung würde bei den kommenden wirtschaftlichen Auseinandersetzungen die Position der Unternehmer stärken und die der Arbeiter schwächen. Deshalb ist die Frage nicht unberechtigt, was es denn für Leute sind, die jetzt so eifrig die Gründung evangelischer Gewerkschaften propagieren und an der weiteren Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung ein so große Interesse haben. Die christliche „Tabakarb.-Zeitung“, die es ja wissen muß, hat wohl nicht so ganz Unrecht, wenn sie von dem arbeiterschädigenden Treiben gewisser Herren spricht, die selbst keine Arbeiter sind. Man denkt unwillkürlich an jene Zeit zurück, wo gewisse Herren, die auch keine Arbeiter waren, die Gründung christlicher Gewerkschaften propagierten, um ein geschlossenes Vorgehen der Arbeiterschaft auf gewerkschaftlichem Gebiete zu verhindern.

Das ist eben der Fluch der bösen Tat: Dieselben Gründe, mit denen seinerzeit die Gründung christlicher Gewerkschaften propagiert wurde, führen die konfessionellen Gewerkschaftsmacher auch für ihre Bestrebungen an, und alle Argumente, mit denen die christlichen Gewerkschaften ihre konfessionellen Widersacher bekämpfen, sind moralische Ohrfeigen für die Gründer und Befürworter der christlichen Gewerkschaften. In beiden Fällen handelte und handelt es sich darum, daß Personen, die an der Zersplitterung der Arbeiterschaft ein besonderes Interesse haben, die Arbeiter mit ihren verschiedenen religiösen Anschauungen gegeneinander auszuspielen versuchen, zum Nutzen des Unternehmertums. Nicht mit Unrecht sagt Bernhard Otte in seinem schon zitierten Artikel im Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands:

Allen, die nach konfessionellem Zusammenschluß und nach konfessionellen Gewerkschaften in Deutschland rufen, ist auch zu sagen, daß sie dann konsequent sein und dieselben Forderungen auch für alle Unternehmer, Gewerbetreibende usw. aufstellen müssen. Wo das praktisch hinführen sollte, wäre einseitigen nicht abzusehen.

Sehr richtig! In diesem Falle gehen wir mit Bernhard Otte vollständig einig. Wir sind sogar noch konsequenter als er und meinen, daß seine Ausführungen sich nicht nur gegen die konfessionellen, sondern auch gegen die christlichen Gewerkschaftszersplitterer richten. Die Schlussfolgerungen, die die Ar-

better daraus zu ziehen haben, sind sehr einfach: Sie müssen sich in den freien Gewerkschaften organisieren, die parteipolitisch und religiös neutral sind. Für die Tabakarbeiter ist das der Deutsche Tabakarbeiter-Verband.

Rundschau.

Wer ist bedürftig im Sinne der Erwerbslosenfürsorge?

Es ist bekannt, welche Schwierigkeiten insbesondere Ehefrauen überwinden müssen, wenn sie arbeitslos werden und Erwerbslosenunterstützung beziehen wollen. So zahlte z. B. das Arbeitsamt in Offenbach a. M. nur solchen Ehefrauen Erwerbslosenunterstützung, deren Mann krank oder invalide ist. In allen übrigen Fällen wurde die Unterstützung abgelehnt, und zwar auch dann, wenn der Mann Kurzarbeiter war und die Familie sich in der größten Notlage befand. Man hatte sich sogar dahingehend geäußert, daß, wenn der Mann noch 5 J die Woche verdiene und die Frau erwerbslos werde, an diese keine Unterstützung zu zahlen wäre, weil der Mann noch erwerbsfähig sei. Diese und ähnliche Vorkommnisse gaben unserem Kollegen Kiel Veranlassung, sich beschwerdeführend an das hessische Ministerium für Arbeit und Wirtschaft zu wenden. Kiels Bemühungen sind nicht ohne Erfolg geblieben, denn das in Betracht kommende Ministerium hat den hessischen Kreisämtern, Oberbürgermeistern und öffentlichen Arbeitsnachweisämtern das nachstehende Schreiben zur Kenntnis und Beachtung übermittelt:

Solange die derzeitigen abnormalen Wirtschaftsverhältnisse bestehen und auf Grund der geltenden Bestimmungen Reichs- und Landeszuschüsse zu dem Beitragsaufkommen der Fürsorgeträger zur Bestreitung der Gesamtaufwendungen für die Erwerbslosenfürsorge notwendig sind, kann auf eine Prüfung der Bedürftigkeit im Einzelfall noch nicht ganz verzichtet werden.

Der Begriff der Bedürftigkeit darf aber an Hand des Gesetzes nicht eng ausgelegt werden, er wird sich vielmehr auf die tatsächlichen Familien- und sozialen Verhältnisse des Erwerbslosen stützen müssen. Schon die Tatsache, daß eine Ehefrau neben ihrem erwerbstätigen Mann regelmäßiger Arbeit nachgeht, ist in der Regel ein Zeichen von Bedürftigkeit und deutet darauf hin, daß eine Anzahl unterhaltsbedürftiger Kinder oder andere unterhaltsbedürftige Personen zum Hausstand gehören, zu deren ordentlichen Unterhalt das Einkommen des Mannes nicht ausreicht. Gewiß gibt es Fälle, wo der Mann und die Frau im Erwerbsleben stehen ohne den erwähnten Familienstand, wo im Falle der Erwerbslosigkeit der Frau eine Bedürftigkeit nicht vorzuliegen braucht.

Grundätzlich sind wir der Auffassung, daß angestrebt werden muß, die Erwerbslosenfürsorge zu einer Erwerbslosenversicherung auszubauen. Folgerichtig kann dann die Unterstützung nicht mehr von dem Nachweis der Bedürftigkeit abhängig gemacht werden, sondern es muß dann der Nachweis des erworbenen Anspruchs genügen. Diesem Bestreben dienen auch unsere fortgesetzten Bemühungen, jede Beitragsbefreiung, also Ausnahme in der Beitragsleistung zu beseitigen und die Schaffung von Versicherungsreserven anzustreben, so daß die Erwerbslosenversicherung, ähnlich wie z. B. die Krankenversicherung, von

die Pflicht, auf Grund seiner eigenen reichen Kriegserfahrung der Jugend den gefährlichen Wahn auszureden, daß ein moderner Krieg eine „frisch-fröhliche“ Sache sei. Nicht nachdrücklich genug kann der von Kriegsromantik erfüllten Jugend gesagt werden, daß eine wirkliche Schlacht nicht das mindeste mit den ungefährlichen Kriegsspielen gemein hat, die unsere Militaristen für unsere Jugend zwischen deutschen Kartoffeläckern und Wiesen veranstalten. Durch nichts vermag man die Jugendlichen so rasch von falschen Vorstellungen über das wahre, brutale Gesicht des Krieges zu überzeugen, als durch selbsterlebte Vorkommnisse im Weltkrieg, die in jedem Menschenherzen Abscheu vor dem organisierten Massenmord erwecken.

Ebenso wichtig aber ist es für die Gewerkschaftler, daß sie ihre jugendlichen Kollegen über die wirklichen Ziele der militaristischen und nationalistischen Jugendorganisationen aufklären. Sie müssen ihnen auseinandersetzen, daß in diesen Organisationen nicht nur Kriegsgedanken großgezüchtet, sondern auch Bürgerkriegspläne geschmiedet werden und daß die Jugend den Rechtsputschisten dereinst als Kanonensfutter im Kampf gegen den „inneren Feind“, das heißt die Arbeiterschaft, dienen soll. Politisches Verbrechen, das Deutschland von einem Fieberschauer in den anderen jagt, Haß gegen die heutige deutsche Staatsform und deren hervorragende Vertreter, blinde Wut gegen die moderne Arbeiterbewegung und ihre Führer — das sind die Früchte der Jugenderzieher, die sich so gerne auf ihren „treudeutschen Geist“ berufen.

Wenn so die erwachsenen Gewerkschaftler dem proletarischen Nachwuchs bei passender Gelegenheit zeigen, wo die Bestrebungen der militaristischen Jugendvergister enden, wenn sie ihnen die Notwendigkeit der Friedensarbeit der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale und gerade das Interesse der Jugend für die friedliche Fortentwicklung der Menschheit begreiflich machen, dann tun sie mehr, als nur einem Beschluß der Gewerkschaftsinternationale gerecht zu werden. Sie schaffen damit eine der Voraussetzungen für das ungestörte Wachsen der modernen Arbeiterbewegung, für die jeder imperialistische Krieg einen Rückschlag bedeutet. Sie bewahren aber auch die proletarische Jugend vor unermesslichem Schaden und durchkreuzen damit gleichzeitig ein gefährliches Spiel der Militaristen und Nationalisten, das diese bereits viel zu lange ungestört treiben konnten.

Hans Hackmack.

Schafft Aufklärung unter den Arbeiterfrauen!

Aus reinem Selbsterhaltungstrieb haben sich die meisten Kollegen und Kolleginnen der Organisation angeschlossen und sie glauben, nun voll und ganz ihre Pflicht erfüllt zu haben, wenn sie ihre Beiträge pünktlich oder auch unpünktlich bezahlen. Ein guter Versammlungsbesuch ist nur dann zu verzeichnen, wenn es sich um Lohnforderungen handelt. Sonst wird die Tagesordnung für so unwesentlich erachtet, daß die meisten glauben, in der Versammlung überflüssig zu sein und sie denken dann, es geht auch ohne mich. Wenn man hierüber

den wirtschaftlichen Schwankungen in bezug auf ihre Leistungen bereit wird.

Wir würden also nichts dabei zu erinnern finden, es sogar für gerecht und richtig halten, wenn bei den in Frage stehenden erwerbslosen Frauen in der Zigarrenindustrie oder in ähnlichen Fällen auch in anderen Berufskreisen bei der Prüfung der Bedürftigkeit im Sinne des oben Gesagten verfahren würde.

Wir empfehlen Ihnen daher, Ihre Entschlüsse daraufhin nachzuprüfen und uns von dem Ergebnis umgehend zu berichten.

Gegenüber der an vielen amtlichen Stellen üblichen Auffassung von Bedürftigkeit bedeutet die Stellungnahme des hessischen Ministeriums für Arbeit und Wirtschaft immerhin einen merklichen Fortschritt. Aufgabe unserer Kollegenschaft muß es sein, darauf zu dringen, daß nun auch überall im Geiste des ministeriellen Schreibens gehandelt wird. Im übrigen zeigt auch dieser Vorgang wieder, wie notwendig eine Aenderung der ganzen Erwerbslosen-, „Fürsorge“ im Sinne der gewerkschaftlichen Forderungen ist.

Die Rolle des Reichswirtschaftsrates.

Nach der deutschen Reichsverfassung sind die Arbeiter und Angestellten berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Sie sollen gesetzliche Vertretungen in Bezirksarbeiterräten und in einem Reichsarbeiterrat erhalten, die mit den Vertretungen der Unternehmer und sonst beteiligten Volkskreise zu Bezirkswirtschaftsräten und zu einem Reichswirtschaftsrat zusammentreten. Dem Reichswirtschaftsrat sind sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzesentwürfe von grundlegender Bedeutung von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung zur Begutachtung vorzulegen. Der Reichswirtschaftsrat hat ferner das Recht, selbst solche Gesetzesvorlagen zu beantragen.

Seit Juni 1920 hat die Reichsregierung einen Vorläufigen Reichswirtschaftsrat eingesetzt. Später setzte aber aus Sparmaßnahmen der Abbau des Vorläufigen RWK seitens der Regierung ein. Da er in den Zeiten des schlimmsten Vorkriegslebens erfolgte, begegnete die Begründung allgemeinem Verständnis. Die Vollversammlungen wurden ausgeschaltet, die Tagungen der weniger wichtigen Ausschüsse unterbunden usw. Dabei geschah es aber auch, daß sogar das Initiativrecht des Vorläufigen RWK beschnitten wurde, und zwar so, daß er in seiner Wirksamkeit sozusagen von der Zustimmung der Regierung abhängig wurde. Diese Maßnahme war natürlich weder notwendig noch plausibel oder berechtigt und die Zustimmung erfolgte seitens des Rates nur, weil sie als vorübergehend bezeichnet wurde und mit dem Ende des Ermächtigungsgesetzes rückgängig gemacht werden sollte.

Nun ist die Stabilisierung der Währung unter günstigeren Bedingungen erfolgt, als man allgemein anzunehmen wagte, doch die Einschränkungen bestehen weiter. Die Sozialgesetzgebung ist nach wie vor stillgelegt. Der Vorläufige RWK ist

auf einige Glieder reduziert, denen der bindende Rumpf fehlt, und vor allem droht aus diesem Zustand ein Dauerzustand zu werden.

Die Unzufriedenheit mit diesen Verhältnissen wird in den beteiligten Wirtschaftskreisen von Tag zu Tag größer. Wie aus unserem Bericht im „Tabak-Arbeiter“ Nr. 33 hervorgeht, hat sich auch der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes der Sache angenommen. Nach eingehender Beratung wurde eine Rundgebung beschlossen, die den Stein ins Rollen bringen soll und in der es u. a. heißt:

Über zwei Drittel der Mitglieder des Reichswirtschaftsrats sind seit Beginn des Jahres ihrer Rechte beraubt und von jeder Mitarbeit ausgeschlossen. Den Ausschüssen, die noch tagen dürfen, ist das Recht der Initiative genommen. Plenarsitzungen haben seit länger als Jahresfrist nicht stattgefunden. Die wichtigsten Wirtschaftsfragen werden ohne die in der Verfassung des Reiches vorgesehene Mitwirkung des Reichswirtschaftsrats entschieden. Mehrere Gesetzesvorlagen, die ihm früher zur Begutachtung unterbreitet wurden, hat die Reichsregierung unerledigt wieder zurückgezogen.

Die längere Aufrechterhaltung dieses Zustandes ist unvereinbar mit der Reichsverfassung. Der Bundesausschuß des ADGB erhebt die dringende Forderung an die Reichsregierung und den Reichstag, dem gegenwärtigen unwürdigen Zustand, den der dezimierte und entrechtete Vorläufige RWK darstellt, baldigst ein Ende zu machen und ein dem Gutachten des Vorläufigen RWK entsprechendes Gesetz über den endgültigen Reichswirtschaftsrat ungesäumt zu beschließen, bis dahin aber die zur vollen Arbeitsfähigkeit des Vorläufigen RWK erforderlichen Stimmittel zu bewilligen.

Organisiert Euch! Dann seid Ihr stark und — gefürchtet!

Ein Bauer fuhr mit einem Bekannten über Land. Der Bauer machte sich, während sein Gespann schwerfällig dahinzog, ein besonderes Vergnügen daraus, mit der weitausholenden Peitsche allerlei Objekte zu treffen, die sich seinem spähenden Blicke darboten. Zuerst hieb er einer Eidechse den Schwanz ab. Dann schlug er auf einen Maulwurf ein, der eben am Wegrand einen Hügel aufwarf. Nun aber entdeckten die beiden auf dem überhängenden Ast eines Baumes einen summenden Wespenschwarm. „Hau zu!“ rief ihm sein Genosse zu; er aber hielt die Peitsche an sich und meinte: „Lieber nicht — die Bande ist organisiert!“

Idioten organisieren sich nicht.

In einer nordischen Arbeiterzeitung konnte man vor einiger Zeit folgende Notiz lesen: Der Arzt einer Idiotenanstalt bekam eines Tages Besuch von einem guten Freund, dem Direktor B., der Studien über die Geisteskranken anstellen wollte. Da er über den Hof der Anstalt ging, sah er eine Masse Geisteskranker, aber nur einen Wächter. „Passiert es niemals,“ fragte der Direktor, „daß sich die Idioten zusammenrotten und einen Ueberfall auf die Wache organisieren?“ — „Nein, das trifft nicht ein,“ antwortete der Arzt, „Idioten organisieren sich niemals.“ —

nachdenkt, dann muß man sich fragen, wo liegt der Grund zu dieser Gleichgültigkeit? Ist diese Gleichgültigkeit nicht eine große Gefahr für uns, für die Aktivität unserer gesamten Arbeiterbewegung? Meines Erachtens liegt es viel an den Frauen unserer gewerkschaftlich organisierten Kollegen. Deshalb möchte ich einige Worte an meine Geschlechtsgenossinnen und an die Gewerkschaftskollegen richten, weil ich genau weiß, daß die Frauen zum großen Teil mitschuldig sind an der Gleichgültigkeit ihrer Männer.

Die Frau eines organisierten Kollegen muß wissen, daß es ihre Pflicht ist, und daß es in ihrem Interesse liegt, den Mann zum fleißigen Versammlungsbesuch, zur pünktlichen Beitragszahlung anzuspornen und nicht diesen davon abzuhalten. Der wirtschaftliche Kampf, der von ihrem Mann in seiner Organisation geführt wird, ist der Kampf um die Erhaltung der Familie, also auch um ihre Erhaltung, um ihr Kind, um ihre Gesundheit und das Wohl ihres Herdes. Das muß die Frau wissen, und Aufgabe der Organisation muß es sein, den Frauen der verheirateten Kollegen klar zu machen, was sie zu tun und zu lassen haben. In dieser Beziehung ist bisher noch nichts getan, daher braucht man sich über die Indifferenz der Frauen nicht zu wundern. Bregt nicht! Ich, was geht das die Frauen an, die begreifen das noch nicht. Denkt daran, daß die Frauen zum großen Teil mitschuldig sind an der Gleichgültigkeit ihrer Männer. Die Frauen müssen sich ihrer Verantwortung bewußt machen, und müssen sich ihren Mann an der Organisation beteiligen lassen, seine Pflichten zu bezahlen, sich selbst an der Organisation beteiligen zu lassen.

Denkt daran, daß die Frau als Erzieherin ihrer Kinder viel dazu beitragen kann, diese im proletarischen Sinne zu erziehen.

Und ist denn diese Erziehung für uns so bedeutungslos? Nein! Ich könnte sogar sagen, sie ist für uns alles! Die Anschauungen der proletarischen Frauen müssen revolutioniert werden. Lehren wir sie begreifen, welcher tiefer Unterschied zwischen den bereits aufgeklärten Frauen und ihnen besteht, und wie unendlich glücklich sie sich fühlen werden, wenn sie erst sehend geworden sind.

Der Kampf gegen die Gleichgültigkeit, gegen den Unverstand muß mit aller Schärfe geführt werden. Die Zeit muß dazu vorhanden sein, und wir gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen dürfen keine Pause im Kampfe gegen diese Interessenlosigkeit kennen; jeder Tag, jede Stunde, jeder Augenblick muß dazu benutzt werden, um unsere Geschlechtsgenossinnen aufzuklären.

Soffentlich tragen meine Zeilen dazu bei, daß in dieser Beziehung mehr als bisher getan wird und der Erfolg dürfte nicht ausbleiben.

G. L. D.

Internationaler
Anti-Kriegstag 1924
am 3. Sonntag im September